

## Die solidarische Stadt

### Der vorsorgende Sozialstaat in der Kommunalpolitik

von **Elisabeth Veldhues MdL**

#### Forum 1

Wer den Sozialstaat will, müsse Arbeit für Alle sicherstellen. Für Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie für Ältere bis 67 und Frauen. Nur so könnten die Folgen des demographischen Wandels und die zu erwartenden Belastungen der Rentenkassen aufgefangen werden, erklärte **Prof. Dr. Volker Eichener** von der Fachhochschule Düsseldorf in seiner Einleitung.

Fünf Handlungsfelder seien für die Zukunft entscheidend:

- Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
- Berufsausbildungsfähigkeit
- Aufbrechen von Ghettostrukturen in den Städten
- Aktivierung eines sozialen Arbeitsmarkts
- Kombi-Lohn-Modelle für Ältere sowie
- Anerkennung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements.

Betreuungs-, Bildungs- und Beratungsstrukturen biete. Bedeutend sei auch die Wertschätzung von Kindern und Jugendlichen durch demokratische Teilhabe.

Die Schaffung offener, teilstationärer und ambulanter Angebote beschrieb Jochen Winter, Geschäftsführer der AWO im Ennepe-Ruhr-Kreis als wesentliche Voraussetzung, dem wachsenden Betreuungsbedarf älterer Menschen gerecht zu werden. Für Menschen mit Behinderungen seien besonders die Entwicklung neuer Wohnformen und eine stärkere Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt wichtig.

Die Integration von Migrantinnen und Migranten müsse als Querschnittsaufgabe begriffen werden, forderte **Susana Dos Santos Herrmann**, Mitglied im Kölner Stadtrat. Ihr Plädoyer galt dem kommunalen Wahlrecht, der Teilhabe in kommunalpolitischen Gremien, der interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes, der Akzeptanz interkultureller Kompetenzen und eine stärkere Einbeziehung der Eltern in die Bildungsarbeit.

Nach Auffassung von **Gabriele Warminski-Leitheußer**, Dezernentin für Kultur, Soziales und Arbeit im Kreis Unna offenbart sich die solidarische Qualität einer Kommune in den alljährlichen Haushaltsberatungen. Sie forderte möglichst hohe Investitionen im Kinder- und Jugendbereich, für ein selbstständiges Leben älterer Menschen und in einen Arbeitsmarkt, der ein eigenverantwortliches Leben ermögliche.



Die stellvertretende Vorsitzende der NRWSPD, **Britta Altenkamp MdL** sprach sich für eine kinder- und familienorientierte städtische Infrastruktur aus, die sowohl

## Wem dient die Kommune?

### Bürgerinnen und Bürger brauchen eine starke kommunale Daseinsvorsorge

von **Reiner Breuer, Neuss**

#### Forum 2

Die große Linie der Diskussion des Forums zur Zukunft der Daseinsvorsorge hatte Frank Baranowski schon in seiner Grundsatzrede vorgezeichnet: „Teilhabe an der Daseinsvorsorge ist wichtiger Teil an der Teilhabe an Demokratie“. An die Stelle der Ideologie „Privat vor Staat“ müsse das Modell „Partner Staat“ bzw. in den Kommunen das Modell von „Partner Stadt“ treten. **Prof. Dr. Hermann Zemlin**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke Bonn, präsentierte in seinem Einführungsreferat zahlreiche Beispiele aus der kom-



munalen Praxis, wie das Modell der Partnerschaft derzeit mit (noch) funktionierenden Stadtwerken gelebt werde. „Bei kommunalen Unternehmen steht nicht die Gewinnmaximierung, es stehen die Menschen im Vordergrund“, so Zemlin. Der neue Geschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), **Hans-Joachim Reck**, vielen noch als CDU-Generalsekretär unter Rüttgers bekannt, bedauerte dann auch die von CDU und FDP im Landtag beschlossene Reform des Gemeindefinanzrechts und fand mit seinem Werben für eine Revision des Gesetzes erwartungsgemäß Beifall. Trotz vieler guter Ratschläge, so Reck, habe man ein „höchst problematisches Gesetz“ beschlossen und „große Rechtsunsicherheit“ geschaffen. **Dr. Jochen Stemplewski**, Präsident der Arbeitsgemeinschaft öffentliche Wasserwirt-

## Zukunftskonvent der NRWSPD: „Wir v“

Mit rund 750 Gästen hat die **NRWSPD** am Samstag in Oberhausen über die zukunftsorientierte Kommunalpolitik für Nordrhein-Westfalen diskutiert.

„Die NRWSPD wendet sich entschieden gegen eine Politik, die den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden zerstört. Ziel unserer Politik ist die soziale Stadt,“ betonte die Vorsitzende der NRWSPD, Hannelore Kraft. „Sozialdemokratische Politik will die Lebensbedingungen für die Menschen verbessern. Deshalb ist uns auch keine Aufgabe zu klein, wenn sie denn nützt“, beschreibt Frank Baranowski die Aufgabe und weist auf die Bedeutung der Kommunalpolitik für die

schaft sah diese Gefahr auch für den Bereich der Wasserversorgung kommen, für die der Markt kein Ordnungsmodell werden dürfe. Unter dem Motto „Wasser gehört in Bürgerhand“, warnte Stemplewski vor Aktivitäten der Lobby der Entsorgungswirtschaft und der Europäischen Union. Oberhausens Erster Bürger **Klaus Wehling** konnte sich denn kommunale Selbstverwaltung ohne kommunale Unternehmen auch nicht vorstellen, wozu er die Sparkassen mitzählte. Diese seien Garanten für die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Finanzdienstleistungen, die nicht zugunsten von Privaten ausgehöhlt werden dürfe. Der kommunalpolitische Sprecher der SPD-

Landtagsfraktion, **Hans Willi Körffges MdL**, fasste die weitere Diskussion ermutigt dahingehend zusammen, dass sich die SPD in NRW weiterhin klar zu den kommunalen Unternehmen bekennen werde, für deren Erhalt kämpfe und dem entgegen stehenden Gesetze wieder zurückholen werde.



## „Ohne Moos nix los“

### Kommunale Finanzen in der Diskussion

von **Guido van den Berg, Bedburg**

#### Forum 3

Man müsse über die eigene gute Politik auch positiv reden, forderte der Finanzexperte der SPD-Bundestagsfraktion **Joachim Poß MdB**. Der Erhalt der Gewerbesteuer sollte auch bei Haushaltsreden vor Ort in den Kommunen als Verdienst der Sozialdemokraten herausgestellt werden. Der Bund engagiere sich zudem in der freiwilligen Finanzierung der „unter 3-jährigen“-Betreuung.

Die Finanzexpertin der NRWSPD, **Gisela Walsken MdL**, rief dazu auf, die Chance zu nutzen, nun eine langfristig tragfähige Finanzverfassung für die Kommunen zu entwerfen. Sie warb dafür, den Kommunen eigene Finanzierungsmöglichkeiten in die Hand zu geben, in dem man über die kommunale Steuerhoheit von Landessteuern nachdenke. Aber auch der Finanzausgleich zwischen den Kommunen müsste kritisch hinterfragt werden.



Der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Köln, **Martin Börschel MdL**, stellte eine „Risikopyramide“ für die Kommunalfinanzen dar. Die größte Gefahr für Kommunen stelle derzeit die Landespolitik mit ihrer Kürzungspolitik wie zuletzt bei der Grunderwerbssteuer dar, dann folge die EU mit ihrer Angriffslust gegen die öffentliche Daseinsvorsorge und die Kommunalwirtschaft. Erst auf dem dritten (hier positiven) Platz lande die Bundespolitik – hier sei es z.B. falsch, die Zuweisungen des Bundes für ARGEn an der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften statt an den tatsächlichen Kosten zu bemessen.

**Roland Schäfer**, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, wollte trotz der Hilfen aus Berlin keine Entwarnung geben. Auch wenn starke Gewerbesteuereinnahmen und ein bundesweit positives Finanzierungssaldo festzustellen sei, so müsse man dennoch sehen, dass an vielen Kommunen der Aufschwung vorbeigehe. Dies sei daran abzulesen, dass ein Drittel der Kommunen Haushaltssicherungskonzepte oder Not Haushalte hätten.

Martin Börschel warb dafür, verstärkt den Weg interkommunaler Kooperation zu suchen, um ruinösen Gewerbesteuereinnahmen, aber auch unvernünftige Standortentscheidungen zu vermeiden. Die Zeit der Opposition sollte nach Ansicht des Forums von der NRWSPD intensiv die Entwicklung einer soliden Finanzverfassung genutzt werden; in Regierungszeiten sei ein solches Vorhaben zu konfliktträchtig.

